

Eine Analyse

Der Grosse Rat traut der Kultur nicht über den Weg

Die Details des neuen Kulturförderungsgesetzes standen gestern im Grossen Rat zur Debatte – heute geht es weiter. Allerdings zeichnet sich bereits ab, dass es mit dem Gesetz kein gutes Ende nehmen dürfte.

von Valerio Gerstlauer

Schon im Vorfeld der Debatte zum neuen kantonalen Kulturförderungsgesetz standen die Zeichen auf Sturm. Die BDP wollte auf das Gesetz gar nicht erst eintreten, und die FDP liess per Mitteilung verlauten, sie zeige «wenig Begeisterung». Sie wie die CVP bemängelten, dass vor dem neuen Gesetz kein Kulturförderungskonzept erarbeitet wurde. Dementsprechend knapp stimmte am Montag der Grosse Rat in Chur dafür, auf das Gesetz einzutreten und dieses nicht an die Regierung zurückzuweisen.

Gestern, bei der Detailberatung zu den einzelnen Gesetzesartikeln, zeigte sich, was diese dünne Grundlage für das Gesetz bedeutet. Progressiv, mutig, und im Sinne der Kulturschaffenden stimmten fast durchwegs einzig Vertreter der SP und CVP. Sie hatten gegen eine breite bürgerliche Front kaum eine Chance.

Totale Kontrolle

So heisst es nun im neuen Kulturförderungsgesetz aufgrund eines Antrags: «Der Grosse Rat beschliesst auf Antrag der Regierung alle vier Jahre ein umfassendes Konzept zur Förderung der Kultur im Kanton.» Der Grosse Rat ersetzte mit diesem Satz den ursprünglichen Gesetzestext der Regierung, der da lautete: «Die Regierung erlässt ein umfassendes Konzept zur Förderung der Kultur im Kanton und überprüft dieses periodisch.» Die Befürworter des Antrags argumentierten, dass man das Konzept regelmässig überprüfen und wissen wolle, wofür das Geld ausgegeben werde.

Dass nun der Grosse Rat – völlig von der Norm abweichend – alle vier Jahre beim Konzept mitreden wird, gibt Anlass zur Sorge. Vor allem, wenn man sich den Kulturbegriff einiger Grossräte vor Augen führt. In der Vorstellung derselben soll Kultur einzig dem Tourismus dienen.

Kein Geld für Ausstellungen

Der Grosse Rat lehnte es zudem mit 68:38 Stimmen ab, den kantonalen Museen bei Ausstellungen finanziell unter die Arme zu greifen. Das Argu-



Hebt die Mahnfinger: Regierungsrat Martin Jäger warnt davor, dass der Auftrag Montalta zur Förderung der Regionalmuseen schwierig umzusetzen sein wird. Bild Yanik Bürkli

ment, dass das Bündner Kunstmuseum in Chur aufgrund seines neuen Erweiterungsbau und seiner neuen, aber wohl temporären Strahlkraft eine solche Unterstützung nötig hätte, verfiel nicht.

Die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden zu verbessern, erachtete eine satte Mehrheit des Grossen Rates ebenfalls als unnötig. Der Antrag einer Kommissionsminderheit, wonach der Kanton einen prozentualen Anteil seiner Finanzhilfe ab 10 000 Franken pro Jahr und Kulturschaffenden an die Pensionskasse überweist, wurde mit 95:15 Stimmen abgelehnt. Abgeschmettert wurde des Weiteren, die Infrastruktur von Kulturinstitutionen mit Beiträgen zu fördern. Keine Chance hatte auch ein Antrag einer Kommissionsminderheit, die eine Koordinationsstelle für die Ver-

In der Vorstellung einiger Grossräte soll Kultur einzig dem Tourismus dienen.

mittlung von Angeboten für das Kinder- und Jugendkulturschaffen forderte.

Schliesslich führen wie bis anhin die Gemeinden, anstatt, wie von der Regierung gefordert, die Regionen die Sing- und Musikschulen. Gemeinden sollen ausserdem Kulturgut von regionaler Bedeutung sichern. Regierungsrat Martin Jäger warnte bereits davor, dass es dadurch schwierig werde, den Auftrag Montalta zur Förderung und Finanzierung der Regionalmuseen und regionalen Kulturzentren umzusetzen. «Für das Regionalmuseum in Ilanz ist beispielsweise nun die Gemeinde zuständig», resümierte er trocken.

Dies alles lässt nichts Gutes ahnen, wenn es heute im Grossen Rat darum geht, die so wichtigen Rahmenkredite im Gesetz festzuschreiben. Es sieht tatsächlich danach aus, als würde das neue Kulturgesetz zum allseits gefürchteten Papiertiger.

Gestern hat der Grosse Rat ...



suedostschweiz.ch

- die Diskussion zum Kulturförderungsgesetz weitergeführt.

Heute wird der Grosse Rat ...



suedostschweiz.ch

- Nachtragskredite und einen Zusatzkredit zum Verpflichtungskredit für die Ski-WM St. Moritz gutheissen;
- die parlamentarische Fragestunde bestreiten;
- das Kulturförderungsgesetz fertig diskutieren;
- Anfragen und Aufträge behandeln:
- Anfrage Föhn betreffend Pensenerrechnungen für Schulleitung und Schulsekretariat;
- Anfrage Peyer betreffend Anwendung von Public Corporate Governance auf weitere Betriebe mit öffentlichen Aufgaben;
- Anfrage Kappeler betreffend Arbeitsplätze und energetische Gebäudesanierungen;
- Auftrag Epp betreffend Prüfung einer eigenen Top Level Domainendung (TLD) «graubunden» für den Kanton Graubünden;
- Anfrage Engler (Surava) betreffend Wasserzinsen beziehungsweise Änderung der Bemessungsgrundlage;
- Auftrag Caduff betreffend Inventar für passive Infrastrukturen für den Ausbau hochbreitbandiger Kommunikationsnetze;
- Kommissionsauftrag KBK betreffend Petition Mädchenparlament: Stärkung der Jugendarbeit in Graubünden;
- Anfrage Horrer betreffend bezahlbares Wohnen;
- Auftrag Caduff betreffend Kompetenzzentrum Innovation im Tourismus;
- Auftrag Caluori betreffend Finanzierung Spitalschule;
- Auftrag Holzinger-Loretz betreffend Überprüfung der Selbstdispensationsrechts der Ärzte im Kanton;
- Anfrage Bucher-Brini betreffend Arbeitssituation von Care-Migrantinnen;
- Anfrage Deplazes betreffend Temp 30 in Graubünden;
- Anfrage Perl betreffend Bettelverbot;
- Anfrage Thöny betreffend Fahrzeugbeschaffung mit Dieselantrieb;
- Anfrage Tomaschett (Breil) betreffend Arbeitsstellen der Schweizer Armee in Graubünden;
- die Februarsession beenden.

Weniger Kompetenzen für die Regionen

Schon den zweiten Tag diskutierte der Rat gestern das Kulturförderungsgesetz, änderte die Kompetenzen, beschloss die Verbindlichkeit des Bündner Kulturpreises – und hinterlässt die regionalen Museen etwas ratlos.

von Reto Furter

Ein Geschäft – die Detailberatung des Kulturförderungsgesetzes –, ausserfremde Anträge, zahlreiche Partikulärinteressen: Das charakterisiert den Verlauf der gestrigen Detailberatung zum neuen Kulturförderungsgesetz im Grossen Rat. Konkret:

Die Gemeinden sollen – anstelle der vorgesehenen Regionen – in die Pflicht genommen werden, wenn es darum geht, Leistungsvereinbarungen mit Institutionen im Kulturbereich zu unterzeichnen. Ein entsprechender Antrag von Emil Müller (BDP, Susch) wird zwar abgelehnt, die Stossrichtung zahlreicher Parlamentarier bleibt aber gleich: Die Macht soll bei

den Gemeinden bleiben, nicht bei den neu konstituierten elf Bündner Regionen. Das zeigt sich später bei den Musik- und Singschulen und auch bei der Sicherung von Kulturgut.

Mitsprache für das Parlament

Das Parlament erhält mehr Mitsprache bei der konzeptuellen Ausrichtung der Kultur. Es erhält dank dem Stichtenscheid von Ständespräsident Michael Pfäffli die Kompetenz, das Kulturkonzept nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern alle vier Jahre darüber zu befinden.

Der Grosse Rat entscheidet mit Zweidrittelmehrheit, dass weiterhin der Kanton das Bündner Naturmuseum, das Rätische Museum und das

Bündner Kunstmuseum führt. Der Kanton beteiligt sich zudem an deren Sammlungen.

Jährlich ein Bündner Kulturpreis

Der Bündner Kulturpreis wird neu jährlich vergeben, wie bis anhin zwar, aber nur im Prinzip. Bisher habe es, so der zuständige Regierungsrat Martin Jäger, nämlich Jahre gegeben, in denen kein Kulturpreis verliehen worden sei. Neu ist der Passus im Gesetz für die Regierung bindend.

Die Verantwortung für die Musik- und Singschulen bleibt bei den Gemeinden – gegen den Willen der Regierung. Diese wollte die Regionen in die Pflicht nehmen, weil, so Jäger, sinkende Schülerzahlen in peripheren

Räumen drohen und damit Schulschliessungen. Deshalb sollten seiner Meinung nach grössere Einheiten die Aufgabe übernehmen.

Die Beiträge an Sing- und Musikschulen werden vereinheitlicht; Eltern wird maximal 30 Prozent der anrechenbaren Kosten verrechnet, allerdings nicht einkommensabhängig.

Gemeinden sichern das regionale Kulturgut

Die Gemeinden sind auch zuständig für die Sicherung und für das Zuverfügungstellen von Kulturgut von regionaler Bedeutung. Was das für die Regional-Museen und für ihre Standortgemeinden bedeutet, wird sich vermutlich weisen.

Mittelschulen, Drohnen und Waldbrände

Der Disentiser CVP-Grossrat Heinrich Berther möchte in der heutigen parlamentarischen Fragestunde von der Regierung wissen, ob und inwiefern die Regierung gewillt sei, die Aufnahmekriterien für Bündner Mittelschulen zu minimieren. Hintergrund seiner Frage sind steigende Schülerzahlen vor allem in Mittellandkantonen.

Andere Sorgen treiben den Churer BDP-Grossrat Ernst Casty um. Er will wissen, wie sie mit privaten Drohnen umgehen möchte, da diese ja auch terroristische Nutzungen erlauben.

Der Misoxer FDP-Grossrat Maurizio Michael schliesslich fragt die Regierung, welche Schlüsse man aus dem Einsatz beim Waldbrand Ende Dezember/Anfang Januar im Misox und im Calancatal ziehe. (so)